

Potsdam / 28. August 2019

Aufschwung für Erwachsenenbildung in Sicht:

Alle großen Parteien wollen lebenslanges Lernen stärken

Vor den Landtagswahlen befragte der Brandenburgische Volkshochschulverband die Parteien zu ihren Vorstellungen zur Zukunft der Erwachsenenbildung. Die Antworten lassen hoffen, dass die angehenden Landespolitiker*innen die Bedeutung des lebenslangen Lernens im Land anerkennen. Alle wollen die Erwachsenenbildung stärken, im Detail gibt es Unterschiede.

SPD, CDU, DIE Linke, Bündnis 90/Die Grünen, die FDP und die Piraten beantworteten die Fragen zu drei Schwerpunkten der Erwachsenenbildung im Land, die aus der Sicht des Volkshochschulverbands anstehende Herausforderungen umreißen.

1. Ein zukunftsfähiges Land Brandenburg schafft gute Bedingungen für das Lebenslange Lernen seiner Bürger*innen. Von deren Lernbereitschaft hängt es ab, wie gut sie Entwicklungen wie die Digitalisierung, den Klimaschutz und Veränderungen in Arbeitswelt und Gesellschaft mittragen und mitgestalten. Deshalb braucht die Erwachsenenbildung mehr Aufmerksamkeit in der Landespolitik.

Wir hatten deshalb zur Stärkung der Weiterbildung als 4. Säule der Bildung nachgefragt – und die Parteien äußerten sich einhellig unterstützend:

Alle Parteien unterstützen die Aufnahme einer Vereinbarung zwischen Landesregierung und Landesorganisationen der Weiterbildung ins Regierungsprogramm, die eine strategische Entwicklung der Weiterbildung und deren Evaluierung sichert. Sie befürworten eine angemessene wissenschaftliche Begleitung durch Hochschuleinrichtungen im Land und sprechen sich für eine Aktualisierung des Weiterbildungsgesetzes von 1993 mit Rücksicht auf ein plurales Angebot öffentlich geförderter und freier Träger aus.

2. Das Land Brandenburg garantiert eine Grundversorgung mit allgemeiner, beruflicher, kultureller und politischer Weiterbildung, die allen Menschen im Land offenstehen soll. Um gesellschaftliche Herausforderungen wie die Digitalisierung oder regionale Strukturunterschiede zu meistern, erfordern aktuelle Aufgaben professionelle Angebote des gemeinsamen Lernens und Austausches, die allen zugänglich sein müssen.

Bei der Bewältigung der konkreten fachlichen Herausforderungen geht es nicht ohne Geld – und da scheiden sich die Geister:

Die im Land erfolgreich auf Projektbasis laufenden niedrigschwelligen Grundbildungs- und Alphabetisierungskurse wollen Linke, Grüne und FDP als Regelanangebot fördern. Während die SPD das Anliegen für wichtig hält und noch Austauschbedarf sieht, macht es die CDU von verfügbaren Haushaltsmitteln abhängig. Analog reagieren beide Parteien auf die kontinuierliche Einbindung der Digitalisierung in öffentlich geförderte Weiterbildungsangebote auf Landesebene und vor Ort, die alle anderen bedingungslos unterstützen.

Nachhaltige Dialogformate für die politische Bildungsarbeit vor Ort, insbesondere in ländlichen Räumen, befürworten alle Parteien – wobei die Grünen kaum Einflussmöglichkeiten des Landes sehen.

Einmütig erklären alle Parteien, die Bildung für nachhaltige Entwicklung und die Kompetenzentwicklung für die Beteiligung an entsprechenden Strukturentwicklungsprozessen wie in der Lausitz stärken zu wollen.

3. Das Land Brandenburg hat hinsichtlich der Weiterbildungsförderung in den letzten Jahren schrittweise nachgelegt, liegt aber immer noch deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Fachkräfte sind auch im Bildungsbereich knapp – insbesondere im Flächenland Brandenburg. Deshalb sollten alle für die Weiterbildung verfügbaren Ressourcen möglichst effektiv eingesetzt werden.

Die Antworten auf unsere Fragen zur Gestaltung der Rahmenbedingungen für die Erwachsenenbildung unterscheiden sich deutlicher:

Die Kursleiterhonorare wollen SPD, Linke, Grüne und Piraten weiter schrittweise anheben, um qualifizierte Angebote zu sichern. FDP und CDU behalten sich eine Entscheidung vor, die CDU verweist auf verfügbare Haushaltsmittel. Dass die regelmäßige Landesförderung für anerkannte Träger der Erwachsenenbildung mindestens so hoch ausfallen sollte wie die Förderung befristeter Projekte, unterstützen alle Parteien bis auf die SPD, die eine höhere Projektförderung aber auch nur im Einzelfall für gerechtfertigt hält. Eine Konzentration der Ressourcen auf die Facharbeit durch vereinfachte, digitalisierte Förderverfahren befürworten alle Parteien, die Grünen ergänzen sogar ausdrücklich ihr Bemühen auf EU-Ebene. Die rechtlich mögliche Ausnahme der Bildung aus der Vergabe nimmt die SPD allerdings davon aus. Auch die FDP formuliert Transparenz von Verfahren und Vergabe als Bedingung.

Die bildungswilligen Brandenburgerinnen und Brandenburger werden die Haltungen der Parteien mit ebenso großem Interesse zur Kenntnis nehmen wie die Erwachsenenbildner*innen. Für den Brandenburgischen Volkshochschulverband sind sie vor allem eine gute Gesprächsgrundlage, um nach den Landtagswahlen den fachlichen Austausch mit den neu gewählten Landespolitiker*innen zu suchen. Darauf freuen wir uns!